

Politiker Koéak sorgt für Aufregung: Rap-Vers mit heftiger Kritik!

Ferat Ali Koéak, Bundestagsabgeordneter der Linkspartei, sorgt mit seinem kontroversen Rap vor dem Reichstag für Aufsehen.



Berlin, Deutschland - Ferat Ali Koéak, ein 46-jähriger Bundestagsabgeordneter der Linkspartei, sorgt derzeit für Aufsehen. In einem Video rappt er vor dem Reichstagsgebäude einen Song des Rappers Dahabflex mit dem Titel **Rot**. In diesem provokanten Song fallen kontroverse Zeilen, die unter anderem besagen: **Jedes Bullenschwein ist eine Missgeburt**, und rufen zur Unterstützung von Kongo, Kurdistan und Gaza auf. Eine besonders kritische Zeile ist **Kurdistan her biji hau den Nazi**. Solche Äußerungen geben Anlass zu heftigen Diskussionen über politische Verantwortung und öffentliche Wahrnehmung von Abgeordneten in Deutschland, wie [unser-mitteuropa.com](https://www.unser-mitteuropa.com) berichtet.

Ein Kommentator hebt hervor, dass die Präsenz von Koéak im Bundestag den deutschen Steuerzahler monatlich etwa 45.000 Euro kostet, was summiert über eine halbe Million Euro jährlich ergibt. Bemerkenswert ist außerdem, dass Koéak zuvor im Präsidium des Berliner Abgeordnetenhauses saß, wo die CDU offenbar kein Problem mit seiner Wahl hatte, während Kandidaten der AfD als nicht tragbar galten.

Biografische Hintergründe und politische Schwerpunkte

Ferat Ali Koéak wurde 1979 in Berlin geboren. Er legte 1998 am Hermann Hesse Gymnasium sein Abitur ab und erlangte 2007 einen Diplomabschluss in Wirtschaftswissenschaften an der Freien Universität Berlin. Zwischen 2008 und 2012 war Koéak bei der Allianz Beratungs- und Vertriebs-AG tätig, wo er zunächst als Projektmanager und Führungskraft arbeitete. Nach einer kurzen Selbstständigkeit zwischen 2012 und 2014 war er bis 2019 als Marketing Director an der Berlin International University of Applied Sciences tätig. Seit 2016 gehört Koéak der Linkspartei an und hat sich dadurch politische Schwerpunkte wie Antifaschismus, Antirassismus, Klimagerechtigkeit und Menschenrechte gesetzt, wie die [bundestag.de](https://www.bundestag.de) dokumentiert.

Seit dem 4. November 2021 ist er Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin und bringt sich aktiv in die Ausschüsse für Inneres, Sicherheit und Ordnung sowie Umwelt- und Klimaschutz ein. Zudem ist er stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Verfassungsschutz und Sprecher der Linksfraktion für Klimapolitik und Fluchtpolitik.

Antifaschismus im politischen Kontext

Die Diskussion um Koéaks Äußerungen beleuchtet die historische Sensibilität in Deutschland hinsichtlich des Themas Antifaschismus. Dieser spielte in der DDR eine zentrale Rolle, sowohl in der Innen- als auch der Außenpolitik. Nach 1989/90

hat sich die gesellschaftliche Wahrnehmung und der politische Diskurs über Antifaschismus verändert. Während der Kalte Krieg in vollem Gange war, wurden antifaschistische Kampagnen in der DDR genutzt, um die Bundesrepublik zu isolieren und das eigene System zu legitimieren, wie die bpb.de erklärt. In der heutigen politischen Landschaft bleibt Antifaschismus ein strategisches Mittel, das von verschiedenen politischen Akteuren kraftvoll eingesetzt wird.

Die erneute Auseinandersetzung mit dem Antifaschismus trägt zur Debatte um politische Ideologien und deren Missbrauch in der Vergangenheit und Gegenwart bei. Es zeigt sich, dass sowohl die Nutzung als auch die Ablehnung von Antifaschismus als Schlagwort im politischen Kampf weiterhin Brisanz hat und zahlreiche Fragen über Verantwortung, Identität und gesellschaftliche Integration aufwirft.

Details	
Ort	Berlin, Deutschland
Quellen	• www.unser-mittleuropa.com • www.bundestag.de • www.bpb.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net